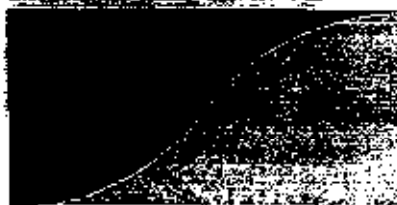


Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846-48 pppn d



Inhalt

33. Jahrgang / 53

16. März 1978

Horst Seefeld MdB sieht
in der Verabschiedung
des Europa-Wahlgesetzes
Chancen zur politischen
Mobilisierung der Bevöl-
kerung.

Seite 1/2

Erhard Mahne MdB analy-
siert die Probleme bei
der Zusammenfassung von
Post- und Bahnbusverkehr.

Seite 3/4

Klaus Thising MdB kriti-
siert den Kreislauf von
Gewalt und Gegengewalt
im Nahen Osten.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 109-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Neue Chancen durch Direktwahlen

Informationslücken über Europa jetzt schließen

Von Horst Seefeld MdB

Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung

Wenn der Bundestag heute das Europawahlgesetz verabschiedet, wird die Bundesrepublik eine weitere Hürde auf dem Weg zum direkt gewählten Europäischen Parlament genommen haben. Sie wird damit als vierter Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft die Gesetzgebung, die die innerstaatliche rechtliche Grundlage für diese ersten europäischen Volkswahlen schafft, abgeschlossen haben.

Diese Direktwahl ist für uns ein erster entscheidender Schritt zu einem Mehr an Demokratie in Europa. Denn bisher wurden die Europaparlamentarier nur indirekt über die nationalen Parlamente entsandt.

Als nächster Schritt muß jetzt der Termin für diese Direktwahl festgesetzt werden. Nur so können endgültige Entscheidungen über Organisation und technischen Ablauf dieser Wahlen getroffen werden. Das betrifft in erster Linie die Parteien, die sich darüber Gedanken machen müssen, wie sie die Bürger zur Wahlurne bringen. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, den Wahlkampf und die Wahlthemen so zu gestalten, daß sich der Einzelne angesprochen fühlt, daß er Europa als eine für ihn wichtige Sache betrachtet.

Ein Bürger, der ein Parlament direkt wählt, wird sich auch mehr mit dem, was dieses parlamentarische Gremium zu vertreten hat, befassen. Von daher gesehen bietet die Direktwahl große Möglichkeiten, den Gedanken der europäischen Einigung neu zu aktivieren.

Schon haben sich gleichgesinnte nationale Parteien in der Europäischen Gemeinschaft zu europäischen Föderationen zu-

sammengeschlossen. Damit begonnen haben die Sozialdemokraten: So wurde im April 1974 der Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft gegründet. Dieser Bund hat in vier Arbeitsgruppen den ersten Entwurf einer gemeinsamen Wahlplattform, die zur Zeit in den verschiedenen Gremien der Mitgliedsparteien diskutiert wird, erarbeitet. Es gilt, die gemeinsame Arbeit der demokratischen Sozialisten, eine gemeinsame Aussage sozialdemokratischer Politik dem Bürger der Gemeinschaft deutlich zu machen.

Die elf in dieser Parteienfamilie zusammengeschlossenen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sind entschlossen, in einem gleichberechtigten Wettkampf mit den anderen Parteien Europas das Vertrauen der Mehrheit der europäischen Bevölkerung zu gewinnen. Dabei unterstreiche ich die Position der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die ein pluralistisches Europa wünscht, in dem alle Strömungen der Demokratie vertreten sind.

Wie Meinungsumfragen aus der letzten Zeit zeigen, ist bei der Bevölkerung - trotz steigender Befürwortung der europäischen Einigung - noch eine gewaltige Informationslücke über die Europäische Gemeinschaft und das Europäische Parlament zu schließen. Darauf müssen wir jetzt unsere Anstrengungen richten. Hierzu gehört auch, daß wir alles fördern, was den Europagedanken stärkt, z.B. Jugendaustausch und Wettbewerbe, sei es zwischen Schulen, Städten oder Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Das alles beweist: Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament muß sorgfältig vorbereitet werden. Deshalb darf der Wahltermin nicht weiter hinausgezögert werden. Da sich alle neun Regierungen und ihre Parlamente positiv zur Europawahl geäußert haben, muß das nächste Treffen der Regierungschefs zur einer Festsetzung des Wahltermins führen. Die Bürger in der Gemeinschaft, verunsichert durch Ankündigung und Dementi, haben ein Recht auf diese Entscheidung. (-/16.3.1978/ks/10)

+ + +

Bahn- und Postbusse unter einem "Dach"

Organisationsmodelle müssen sorgfältig erörtert werden

Von Erhard Mahne MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß

Die Diskussion über die Zusammenführung der Busdienste von Bahn und Post mit dem Ziel der Sicherung der Verkehrsbedienung auf Dauer auch in der Fläche und einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich besteht nun seit Mitte der 60er Jahre. Über den Vorschlag des Bundesverkehrsministers, die beiden Busdienste als Unternehmensgruppe zusammenzuführen, hat es in den letzten Monaten intensive Beratungen in der Arbeitsgruppe, dem Arbeitskreis und mit dem Fraktionsvorstand gegeben. Auch mit den beiden zuständigen Gewerkschaften bei Bahn und Post wurde das Thema ausführlich erörtert.

Für uns stellt sich das Ergebnis dieser Beratungen wie folgt dar:

- Es besteht Übereinstimmung, daß die beiden Busdienste zusammengeführt werden.
- Es besteht Übereinstimmung, daß diese Busdienste weiter im Eigentum des Bundes bleiben.
- Es besteht Übereinstimmung, daß der Bund auch in Zukunft seinen bisherigen Verpflichtungen in dem öffentlichen Personennahverkehr weiter nachkommen muß.
- Es besteht Übereinstimmung, daß Struktur- und Raumordnungsgesichtspunkten weiterhin Rechnung getragen werden muß.
- Es besteht Übereinstimmung, daß die Deutsche Bundesbahn ein Dispositionsrecht in diesem Bereich auch in Zukunft haben muß.

Keine Übereinstimmung gibt es in der Beurteilung:

- In welcher Rechtsform diese Zusammenführung erfolgen soll,

- welches Dienstrecht in Zukunft angewendet werden soll...

Die Versuche, die Zusammenführung in der Form von regionalen Verkehrsgesellschaften vorzunehmen, haben - auch nach unserer Überzeugung - zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Die Versuche haben unter Versuchsbedingungen stattgefunden, so fehlte z.B. das sogenannte "Holdingdach".

Unser Ziel muß darin bestehen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, mit den zuständigen Gewerkschaften die notwendigen Verbesserungen der Organisationsform zu erreichen.

Wir empfehlen folgende Entscheidung, die zu einer "Überlegungspause" führen kann:

1. Die vier Regionalverkehrsgesellschaften in Schleswig-Holstein, Hannover, Köln und München werden in einer Holding-Gesellschaft zusammengefaßt. Die Deutsche Bundesbahn wird an dieser Gesellschaft mit 60 vH, die Post mit 40 vH am Kapital beteiligt. Diese "Holding" führt diese vier Gesellschaften weiter. Damit wird ein Zustand geschaffen, der mit der vom Verkehrsminister angestrebten Lösung tatsächlich vergleichbar ist. Aber wir könnten dann nach einem weiteren Jahr endgültig über die Erfahrungen unter realen Bedingungen diskutieren. Wir sind davon überzeugt, daß es uns dann gelingen wird, durch die praktische Erfahrung alle heute noch offenen Fragen zu beantworten.
2. Die Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion wird inzwischen die theoretischen und praktischen Realisierungsmöglichkeiten öffentlich-rechtlicher Organisationsmodelle (z.B. auch Schaffung eines Sondervermögens) abschließend klären.
3. Diese Zeit wird von uns auch genutzt werden, um in einer intensiven Erörterung mit den Gewerkschaften und den bei Bahn und Post tätigen Sozialdemokraten die notwendigen zukünftigen Schritte zu erörtern. Damit wird auch den Gewerkschaften ausreichend Zeit gegeben, die noch strittigen Rechtsprobleme zu klären.

(-/16.3.1978/ks/ben)

Nahöstlicher Teufelskreis

Gewalt und Gegengewalt gefährden die Aussicht auf Verhandlungslösungen

Von Klaus Thüsing MdB

Die Verurteilung des arabischen Terroranschlags vom 11. März zwischen Tel Aviv und Haifa ist einmütig und lautstark ausgefallen. Gewalt fordert nicht nur immer das Leben unschuldiger Menschen, sie sabotiert auch die Bemühungen um eine Friedensregelung im Nahen Osten. Selbst der Vorwurf an die israelische und ägyptische Adresse, sie klammere aus jeweils eigenem Interesse die Frage der politischen Zukunft des palästinensischen Volkes aus, rechtfertigt keinen Mord. Die PLO bringt sich um die im Ansatz mühsam errungene Glaubwürdigkeit.

Gegenüber den Militär- und Feudalregimen im arabischen Raum verweist der Staat Israel zu Recht auf sein demokratisches Leben. Daß die israelische Demokratie ihre Schwächen hat - auch hinsichtlich ihres Verhältnisses gegenüber den arabischen Staatsbürgern im eigenen Land - ist hierzulande ebenfalls bekannt.

Es ist sinnlos, über Nomenklaturen zu streiten. Manche bezeichnen die jüngste Militäraktion Israels im Libanon als (Gegen-) Terror, andere sehen in ihr die berechtigte Reaktion auf den Anschlag vom 11. März. Worüber es keine Debatten geben sollte, ist dies: Mit solchen Aktionen manövriert sich die israelische Politik in eine Ecke, in der es schwerfällt, ihr den Vorwurf zu ersparen, sie würde das Gesetz des Dschungels von der anderen Seite übernehmen.

Es ist schon makaber, wenn ein offizieller Repräsentant der Regierung Israels davon spricht, daß bei militärischen Angriffen auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon "nach Lage der Dinge" auch Zivilisten betroffen würden. Dies erinnert an das fatale Motto: "Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Wenn in der israelischen Politik die Überzeugung triumphiert, die Araber verstünden nur die Sprache der Gewalt, sollte man sich nicht wundern, wenn diese derselben Maxime mit umgekehrtem Vorzeichen folgen.

Erinnert sei an eine jüdische Teufelskreis-Geschichte: Zu einem Rabbiner kommen zwei miteinander streitende Parteien. Nachdem die erste Partei ihre Sicht der Dinge vorgetragen hat, erklärt der Rabbi: "Du hast recht!" Doch auch der zweiten Partei sagt der Rabbi, nachdem sie das genaue Gegenteil vorgetragen hat: "Du hast recht!" Als daraufhin ein Unbeteiligter zu bedenken gibt, daß doch nicht beide recht haben könnten, antwortet der Rabbi: "Und Du hast auch recht!"

Der Nahost-Konflikt stellt sich seit langer Zeit als Teufelskreis dar, in dem beide Seiten recht haben. Vor nunmehr vierzig Jahren erschien im Auftrage der britischen Regierung, die als damalige Mandatsmacht dem sich immer mehr zu einem Bürgerkrieg zuspitzenden Konflikt zwischen jüdischen und arabischen Bürgern Palästinas zunehmend hilflos gegenüberstand, eine sehr gründliche Studie über die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des Palästinakonfliktes: Der Peel-Report. Um den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, sah der Peel-Report nur eine Hoffnung: die Kompromißfähigkeit beider Seiten. Das gilt bis heute. (-/16.3.1978/ks/10)